

BGH-Leitsatz-Entscheidungen

Heute neu:

1. [ZPO: aufschiebende Wirkung der Beschwerde gegen Zwangsmittel](#)
Beschluss 17.08.2011, I ZB 20/11
2. [ZPO: beschränkte Zulassung der Revision](#)
Urteil 27.09.2011, II ZR 221/09
3. [ZPO, GKG: Streitwert und Beschwer bei Versicherungsstreitigkeiten](#)
Beschluss 06.10.2011, IV ZR 183/10
4. [ZVG, InsO: Zwangsversteigerung aus Ansprüchen aus verschiedenen Rangklassen](#)
Beschluss 06.10.2011, V ZB 18/11
5. [BGB: Anrechnung eines Werksangehörigenrabatts auf die Schadenssumme](#)
Urteil 18.10.2011, VI ZR 17/11
6. [ZPO: Pflicht zur Nachforschung bei unbeschiedenem Fristverlängerungsantrag](#)
Beschluss 13.10.2011, VII ZR 29/11
7. [InsO: Rückgewähranspruch bei Provisionen auf Scheingewinne](#)
Urteil 22.09.2011, IX ZR 209/10
8. [ZPO: Zurückweisung der Nichtzulassungsbeschwerde ohne vorherigen Hinweis](#)
Beschluss 25.10.2011, X ZR 3/11
9. [RBerG: Wirksamkeit einer Treuhandvollmacht](#)
Urteil 11.10.2011, XI ZR 415/10
10. [BGB, WpHG: Aufklärungspflicht bei Basketzertifikaten](#)
Urteil 27.09.2011, XI ZR 178/10
11. [UStG: Versagung der Umsatzsteuerbefreiung](#)
Beschluss 20.10.2011, 1 StR 41/09

Urteile und Beschlüsse:

1. ZPO: aufschiebende Wirkung der Beschwerde gegen Zwangsmittel

Beschluss 17.08.2011, I ZB 20/11

ZPO § 570 Abs. 1, §§ 888, 890

Die Beschwerde gegen die Festsetzung eines Zwangs- oder Ordnungsmittels hat auch bei Zwangs- oder Ordnungsmittelbeschlüssen gemäß §§ 888, 890 ZPO aufschiebende Wirkung.

2. ZPO: beschränkte Zulassung der Revision

Urteil 27.09.2011, II ZR 221/09

ZPO § 543 Abs. 1 Nr. 1

Die Zulassung der Revision kann auch in den Gründen des Urteils auf die Höhe des Anspruchs beschränkt werden.

3. ZPO, GKG: Streitwert und Beschwer bei Versicherungsstreitigkeiten

Beschluss 06.10.2011, IV ZR 183/10

ZPO §§ 3, 9; GKG § 39

Wird eine Klage auf Leistung aus einer Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung mit einem Feststellungsantrag auf Fortbestehen des Versicherungsvertrages kombiniert, so findet bei der Ermittlung von Streitwert und Beschwer eine eingeschränkte Wertaddition statt. Insoweit ist für den Feststellungsantrag ein Betrag von 20% der 3,5-fachen Jahresbeträge von Rentenleistung und Versicherungsprämie zusätzlich zu berücksichtigen (Aufgabe der bisherigen Senatsrechtsprechung).

4. ZVG, InsO: Zwangsversteigerung aus Ansprüchen aus verschiedenen Rangklassen

Beschluss 06.10.2011, V ZB 18/11

BGB § 268 Abs. 1, InsO § 49

Breibt der Gläubiger die Zwangsversteigerung aus Ansprüchen, die in verschiedene Rangklassen des § 10 Abs. 1 ZVG fallen, kann sich der Dritte darauf beschränken, die einer Rangklasse zugeordneten Forderungen abzulösen.

Ansprüche aus Grundbesitzabgaben im Sinne von § 12 GrStG gewähren ein Recht auf Befriedigung aus dem Grundstück unabhängig davon, welcher Rangklasse des § 10 Abs. 1 ZVG sie angehören.

5. BGB: Anrechnung eines Werksangehörigenrabatts auf die Schadenssumme

Urteil 18.10.2011, VI ZR 17/11

BGB § 249 Ga

a) Der durch einen Verkehrsunfall Geschädigte, der seinen Fahrzeugschaden mit dem Haftpflichtversicherer des Schädigers zunächst (fiktiv) auf der Grundlage der vom Sachverständigen geschätzten Kosten abrechnet, ist an diese Art der Abrech-

sätzlich zur konkreten Schadensabrechnung übergehen und nunmehr Ersatz der tatsächlich angefallenen Kosten verlangen (Fortführung des Senatsurteils vom 17. Oktober 2006 - VI ZR 249/05, BGHZ 169, 263, 266 ff.).

b) Der Geschädigte, der im Wege der konkreten Schadensabrechnung Ersatz der tatsächlich angefallenen Reparaturkosten verlangt, muss sich einen Werksangehörigenrabatt anrechnen lassen, den er aufgrund einer Betriebsvereinbarung auf die Werkstattrechnung erhält.

6. ZPO: Pflicht zur Nachforschung bei unbeschiedenem Fristverlängerungsantrag

Beschluss 13.10.2011, VII ZR 29/11

ZPO §§ 233, 234 Abs. 1 Satz 2 A

Der Rechtsanwalt hat durch geeignete Organisationsmaßnahmen sicherzustellen, dass nach Stellung eines Antrags auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist und ausbleibender Reaktion des Gerichts hierauf noch vor Ablauf der beantragten verlängerten Frist dort Nachfrage gehalten wird, ob und in welchem Umfang dem Antrag stattgegeben wurde. Kommt er dem nicht nach, wird spätestens zu dem Zeitpunkt, zu dem er eine klärende Antwort auf die Nachfrage erhalten hätte, die Monatsfrist des § 234 Abs. 1 Satz 2 ZPO in Gang gesetzt.

7. InsO: Rückgewähranspruch bei Provisionen auf Scheingewinne

Urteil 22.09.2011, IX ZR 209/10

InsO §§ 134, 143 Abs. 1

Zur Berechnung des anfechtungsrechtlichen Rückgewähranspruchs gegen einen Anlagevermittler, dem Provisionen auch auf Scheingewinne gezahlt worden sind.

8. ZPO: Zurückweisung der Nichtzulassungsbeschwerde ohne vorherigen Hinweis

Beschluss 25.10.2011, X ZR 3/11

ZPO § 139; GG Art. 103 Abs. 1

Eine Partei, der Prozesskostenhilfe für die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision gewährt worden ist, kann und darf nicht darauf vertrauen, dass ihre Nichtzulassungsbeschwerde nicht ohne vorherigen Hinweis zurückgewiesen wird.

9. RBerG: Wirksamkeit einer Treuhandvollmacht

Urteil 11.10.2011, XI ZR 415/10

RBerG Art. 1 § 1, RBerG Art. 1 § 1 BGB § 134, BGB § 134

Zur Wirksamkeit einer Treuhandvollmacht, bei der der Schwerpunkt der Tätigkeit des Treuhänders auf wirtschaftlichem Gebiet liegt und die die Wahrnehmung wirtschaftlicher Belange von Treugeber-Gesellschaftern einer Fondsgesellschaft in der Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts bezweckt.

10. BGB, WpHG: Aufklärungspflicht bei Basketzertifikaten

Urteil 27.09.2011, XI ZR 178/10

BGB § 280 Abs. 1 Satz 1, WpHG § 2 Abs. 3 Satz 2, § 31

Zu Aufklärungspflichten der beratenden Bank beim Erwerb von Basketzertifikaten (Emittentin hier: Lehman Brothers) durch ihren Kunden.

11. UStG: Versagung der Umsatzsteuerbefreiung

Beschluss 20.10.2011, 1 StR 41/09

AO § 370 Abs. 1, UStG § 4 Nr. 1 Buchstabe b, § 6a Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Abs. 3

Zur Versagung der Befreiung einer innergemeinschaftlichen Lieferung (§ 6a UStG) von der Umsatzsteuer bei der Verschleierung der Identität des wahren Erwerbers, um diesem die Hinterziehung der im Bestimmungsland für den Erwerb geschuldeten Umsatzsteuer zu ermöglichen (im Anschluss an die Vorabentscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union in der Rechtssache R durch Urteil vom 7. Dezember 2010, C-285/09).